Vor drei Jahren erblickte mit dem Südsudan der 193. Staat der Welt das Leben. Auf die glückliche Geburt folgte jedoch schnell das Entsetzen. Der Staat ohne staatliche Strukturen brach zusammen und aus dem Machtkampf zweier Warloards wurde ein Bürgerkrieg mit ethnischer Komponente. Mittlerweile sind im Südsudan 1,5 Millionen Menschen auf der Flucht. Die Felder konnten nicht bestellt werden, die ohnehin nur rudimentär vorhandenen lokalen Lebensmittelmärkte sind kollabiert. Wenn die Geberländer des Nordens ihre Verpflichtungen nicht einhalten, droht laut UN-Angaben schon im September die „Mega-Krise“, eine Hungersnot epischen Ausmaßes. Von **Jens Berger**.

Dieser Beitrag ist auch als Audio-Podcast verfügbar.

http://www.nachdenkseiten.de/upload/podcast/140819_Mega_Krise_Suedsudan_NDS.mp3

Podcast: Play in new window | Download

Spielball der USA

Seit der Sudan 1956 seine Unabhängigkeit erklärte, lebte das Land lediglich 15 Jahre in einem Zustand, den man mit etwas Wohlwollen als „Frieden“ bezeichnen könnte. Vor allem zwischen dem islamisch, arabisch geprägten Norden und dem christlich, schwarzafrikanisch geprägten Süden herrschte über Jahrzehnte hinweg ein andauernder Bürgerkrieg, der im Juli 2011 nach einem Referendum zur Gründung des Staates Südsudan führte. Trotz seiner bitteren Armut ist der Südsudan das Land mit den drittgrößten Ölvorkommen in Afrika.

Nachdem Chevron im Jahre 1978 dort Öl entdeckte, rückte der Sudan in das Interesse der USA. Um die guten Beziehungen nicht zu stören, drückten die Amerikaner dabei auch gerne beiden Augen zu, wenn die Machthaber im nordsudanesischen Khartum mit äußerster Gewalt gegen die schwarzafrikanischen Minderheiten im Südsudan vorgingen. Dies änderte sich jedoch spürbar, als Umar al-Baschir 1993 an die Macht kam und sich Stück für Stück zu einem immer radikaleren Islamisten entwickelte. Nach 9/11 änderten die USA ihre ursprüngliche Haltung um 180° und unterstützten fortan die Rebellen im Süden gegen die islamistische Zentralregierung, die ihrerseits in China einen neuen Partner fand, dem Menschenrecht, Religion und Ideologie ohnehin herzlich egal sind.

Die – von den USA initiierte – Abspaltung des Südsudan war ein „allamerikanisches“ Projekt: Die christlichen Fundamentalisten unterstützten das Projekt, da sie den

Unabhängigkeitskampf der Südsudanesen als biblischen Kampf des Christentums gegen den Islam sahen. Die Ölkonzerne frohlockten, da sie hofften, nun wieder den Zugriff auf die sudanesischen Ölvorkommen zu bekommen, die allesamt im Süden des Landes liegen. Den Afroamerikanern gefiel es, dass im Süden ein schwarzafrikanischer Freiheitskampf gegen die arabische Unterdrückung stattfand. Und auch das linke Amerika jubelte, da al-Baschir spätestens seit dem Darfur-Konflikt, der rund 300.000 Menschen das Leben kostete, als geächteter Schlächter gilt.

Der Tod eines Traums

Vielleicht war es dieser ungewöhnliche Schulterschluss von Gesellschaftsgruppen, die sich ansonsten spinnefeind sind, der im Vorfeld des südsudanesischen Unabhängigkeitsreferendums dazu geführt hat, dass die US-Regierung sämtliche mahnenden Stimmen ignoriert hat. Dabei hätte man ahnen können, was folgt. Nein, man hätte es nicht ahnen können, man hätte es wissen müssen.
Anstatt erst einmal staatliche – ja vielleicht sogar demokratische – Strukturen zu schaffen, stürzte man sich voll und ganz auf die technischen Fragen des „Nation-Buildings“. Man ignorierte die Warnungen der International Crisis Group, die bereits 2010 vor einem „Netz aus tief verwurzelten ethnischen Spannungen“ sprach und glaubte ernsthaft, dass man aus zwei ehemals verfeindeten südsudanesischen Warloards mit unterschiedlichem ethnischen Hintergrund und ohne administrative Erfahrung plötzlich einen „gutes“ Präsident-Vizepräsident-Gespann machen könnte. Es gab ja schließlich genug Öl und sprudelnde Einnahmen, die innere Konflikte kitten sollten.

Doch noch nicht einmal das funktionierte. Da der Südsudan keinen Seehafen hat und es (noch) keine Exportroute über das Nachbarland Äthiopien gibt, musste man das Öl über eine Pipeline transportieren, die fast vollständig über das Staatsgebiet des (Nord)Sudans führt. Das wollte sich al-Bashir natürlich bezahlen lassen. Es kam zu einem neuen Nord-Süd-Konflikt und die Einnahmen, die in den wenigen Monaten erzielt werden konnten, in denen das Öl floss, gingen größtenteils in Waffenkäufe aus China, während der Rest in einem dichten Netz aus Korruption und Kleptokratie versickerte. Um neues Geld aufzutreiben, wurden chinesischen Unternehmen neue Ölkonzessionen verkauft und nun waren auch die USA ernsthaft irritiert und stellten ihre Unterstützung ein. Dass sich der US-Darling Salva Kiir Stück für Stück zu einem lupenreinen Autokraten entwickelte, spielte da bestenfalls eine Nebenrolle. Und es kam, wie es kommen musste. Kaum stockte der Zufluss an Geld, gerieten die beiden starken Männer, Präsident Kiir und Vizepräsident Machar, aneinander. Der Erstere warf dem Letzteren (wohl nicht zu Unrecht) Ende letzten Jahres vor, putschen

zu wollen und wenige Tage später kam es zum offenen Bürgerkrieg.

Da Präsident Kiir der Mehrheit der Dinka und der ehemalige Vizepräsident und jetzige Rebellenführer Machar der Minderheit der Nuer angehört, bekam der Krieg auch schnell eine ethnische Komponente mit allem was dazugehört – ethnische Vertreibungen, Völkermord und Massenvergewaltigungen. Der Krieg wird durch die Öleinnahmen beider Seiten – mal kontrollieren die Regierungstruppen die Felder, mal die Rebellen – geschmiert und auf beiden Seiten gibt es keinen ernsthaften Wunsch, sich mit weniger als der Kapitulation des Gegners zufriedenzugeben. Die zeitgleich ablaufenden Friedensgespräche in Äthiopien dienen Zynikern zufolge nur der Luxushotelerie in Addis Abeba und werden von den beiden Kriegsparteien geflissentlich ignoriert.

Hintergrund: David Smith – The Death of a dream

Mega-Krise ante portas

Die selben Zyniker sagen auch, dass ein simpler Blick auf die Wetterkarte ausreicht, um sich die dramatischen Folgen des nunmehr acht Monate währenden Bürgerkriegs in Südsudan auszumalen. Auf die Regen- folgt die Trockenzeit und wer sich bislang noch auf sehr geringem Niveau von Wurzeln und Gräsern ernähren konnte, wird bald gar nichts Essbares mehr finden. Die letzten Vorräte werden bereits Ende August aufgebraucht sein und die diesjährige Ernte findet in den meisten Gebieten des Landes nicht statt, da die 1,5 Millionen Vertriebenen die Saat nicht vornehmen oder ihre Äcker nicht bestellen konnten. Zudem fehlt in der Fläche „der Zugang zu sauberen Wasser, Gesundheitsversorgung und allem, was der Mensch zum Überleben benötigt“, so Sue Lautez von der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der UN (FAO).
Es ist nicht so, dass die kommende Krise die internationalen Organisationen überraschen würde. Und es ist schon gar nicht so, dass diese Organisationen der Krise mit Fatalismus entgegengehen. In ungewöhnlich – aber dennoch angemessen – alarmistischen Ton warnte die UN jüngst vor einer kommenden „Mega-Krise“. Der UN-Sicherheitsrat warnte zeitgleich vor der „schlimmsten Nahrungsmittelkrise der Welt“, während UNICEF die Zahl der Hungernden in der kommenden Krise auf vier Millionen beziffert. Die Zahl der noch in diesem Jahr Verhungernden ist dabei nicht seriös zu schätzen. Sie dürfte jedoch erschreckend hoch sein.

#ByTheEndofSeptember

Wieder einmal geben sich Völkermord, Krieg und eine Hungerkrise epischen Ausmaßes die Hand. Wieder einmal steht die Welt vor den Pforten der Hölle. Doch diesmal kann niemand sagen, er hätte nichts davon wissen können. Nach Aussagen der Deutschen Welthungerhilfe, konnte zuvor selten eine Katastrophe so präzise vorhergesagt werden. Doch um das Schlimmste zu verhindern, fehlen nach UN-Angaben 750 Millionen Euro aus den Geberländern. Mit dem Hashtag #ByTheEndofSeptember (deutsch: Bis Ende September) versucht die Welthungerhilfe nun in Deutschland die Öffentlichkeit und die Politik aufzurütteln. Eine der Kernforderungen ist dabei, dass die Geberländer ihr Versprechen aus dem Mai dieses Jahres einhalten und 460 Millionen Euro für Soforthilfe zur Verfügung stellen. Kommt diese Hilfe nicht, ist es zu spät. Dann werden wir wieder einmal in der Tagesschau schreckliche Bilder von verhungernden afrikanischen Kindern sehen. Nur dann dürfen wir uns nicht mehr die Frage stellen, wie es so weit kommen konnte und warum niemand etwas dagegen getan hat, als es noch Zeit war.